

ALTONAER FAHRRADDEMO

am Samstag



NEUER TERMIN !
Sa., 21.10.17, 14 Uhr
START: Erzbergerstr. /
südl. Spritzenplatz

für echte Bürgerbeteiligung – gegen die Willkür der Senats- und Bezirkspolitik
für moderate, sozialverträgliche Bebauung – gegen Gentrifizierung und Verdichtungswahn

Überall in Hamburg wird gebaut, besonders rund um die Innenstadt. Angeblich für die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum. Aber was passiert tatsächlich?

Der Scholz-Senat will Wohnungsbau um jeden Preis. Damit überlässt er die Stadtentwicklung der Bau- und Wohnungswirtschaft, die Verwaltung wird zum Vollstrecker von Investorenwünschen. Wenn die Investoren Extra-Wünsche haben, die im Gesetz nicht vorgesehen sind, kriegen sie eben eine Ausnahmegenehmigung. Zugleich wirbt die Marketing-Abteilung des Senats massiv für den Zuzug gut verdienender Bürger nach Hamburg.

So werden die innenstadtnahen Stadtteile wie Altona immer mehr zugebaut mit teuren Luxuswohnungen. So steigen die Mieten immer weiter, jetzt sind wir schon bei 17,- € und mehr pro qm für Neuvermietungen. Und wenn die Bürgerinnen und Bürger sich einmischen, wenn sie mitbestimmen wollen und ein Bürgerbegehren starten, reißt der Senat die Sache an sich.

Die Hamburger Bürgerschaft hat Gesetze beschlossen über Bürgerentscheide und Bürgerbegehren. Der Senat aber hebt die Anwendung dieser Gesetze aus, sobald es ihm nicht in den Kram passt. So geschehen bei den Plänen zur Bebauung von Altonas Kleingärten, so geschehen zuletzt in Bahrenfeld: Die AnwohnerInnen des Innenhofs Leverkusenstraße starteten ein Bürgerbegehren. Schon wenige Tage später wies der Senat den Bezirk an, trotzdem nach Investorenplänen zu bauen. So macht man die Demokratie kaputt.

Der Scholz-Senat betreibt eine Politik der baulichen und sozialen Stadtzerstörung, er handelt antisozial und antidemokratisch.

So geht es nicht weiter. Dass es auch anders geht, sieht man z.B. in Wien, wo ein Großteil der Wohnungen in städtischer Hand ist und günstig vermietet wird. In Hamburg werden immer noch SAGA-Wohnungen verkauft - an zahlungskräftige Mieter, die sie schon nach 8 Jahren beliebig weiterverkaufen dürfen. In Berlin kauft die Stadt privatisierte Wohnungen wieder zurück. Hamburg verkauft immer noch städtische Grundstücke an Privatinvestoren - auch das hat Berlin längst eingestellt. Man könnte Luxusmodernisierungen unterbinden durch Erlass von Veränderungssperren - auch das geschieht in Berlin. Man könnte leerstehenden Wohnraum beschlagnahmen und Gesetzesverstöße mit Bugeldern ahnden. Man könnte städtische Zuschüsse geben für die Verlängerung auslaufender Sozialbindungen - das wäre weit billiger als Neubau. Man könnte den Abriss vergleichsweise günstiger Altbauten verbieten. Man könnte Umzüge in kleinere Wohnungen fördern und bezuschussen, damit große Wohnungen für Familien mit Kindern frei werden. In der Weimarer Republik gab es z.B. eine Wohnraumluxussteuer für Leute, die unmäßig viel Wohnraum verbrauchten. Man könnte den Ausbau von Dachgeschossen zu preisgünstigen Wohnungen fördern. Man könnte den ländlichen Raum so entwickeln und fördern, dass die Menschen auch dort leben und bleiben mögen. Usw. usf. Und natürlich könnte man auch Mieten begrenzen.

Wohnen ist ein international anerkanntes Menschenrecht. Menschenrechte sind unveräußerlich. Aber Wohnungen werden in diesem Land tagtäglich veräußert, sie sind Handelsware und Spekulationsgut. Wie geht das zusammen?

Wir brauchen städtischen Wohnungsbau, mit unbegrenzter Sozialbindung (die heute üblichen 15 Jahre Sozialbindung sind ein Witz!), wir brauchen Licht, Luft, Grünflächen und öffentliche Räume gerade in den dicht besiedelten, innenstadtnahen Gebieten, und wir brauchen Entscheidungsbefugnisse für die Bürger vor Ort. Stadt geht auch anders! Dafür demonstrieren wir heute.